**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 81 (2001)
**Heft:** 12-1

**Artikel:** Das Zusammenleben mit dem neuen Europa
**Autor:** Brzezinski, Zbigniew
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-166440

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 23.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Das Zusammenleben mit dem neuen Europa

**Zbigniew Brzezinski** ist Berater am Center for Strategic and International Studies und Professor für American Foreign Policy an der Johns Hopkins Universität, Washington D.C. Von 1977 bis 1981 war er Sicherheitsberater von Präsident Carter. 1981 erhielt er vom amerikanischen Präsidenten die Freiheitsmedaille für seine Verdienste bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Amerika und China und für sein Engagement für die Menschenrechte und die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten.

*Die transatlantische Allianz ist die wichtigste globale Verbindung der USA. Sie ist ein Sprungbrett für die globale amerikanische Beteiligung, das den USA erlaubt, eine entscheidende Rolle als Vermittler in Eurasien, im zentralen Machtfeld der Welt, zu spielen. Durch die Allianz wird auch eine Koalition geschaffen, die weltweit die Dominanz in den wichtigsten Dimensionen der Macht und des Einflusses ausübt.*

Gemeinsam stützen die USA und Europa die Achse der globalen Stabilität, die treibende Kraft der Weltökonomie und den Nexus des intellektuellen Kapitals der Welt sowie der technologischen Innovation. Von gleichwertiger Bedeutung ist die Tatsache, dass sich in den USA und Europa die erfolgreichsten Demokratien der Welt befinden. Die Art, in der die Beziehung zwischen den USA und Europa gehandhabt wird, muss deshalb die höchste Priorität Washingtons sein.

In der absehbaren Zukunft wird und kann «Europa» nicht die «USA» sein. Sind die Konsequenzen dieser Tatsache einmal auf beiden Seiten des atlantischen Ozeans verdaut, sollte sich der Dialog zwischen den USA und Europa wesentlich entspannen. Dies sollte der Fall sein, trotzdem sich die Europäer mit der Problematik ihres gleichzeitigen Strebens nach Integration, Expansion und zum Teil Militarisierung auseinandersetzen, und trotzdem sich die Amerikaner an die unvermeidliche Entstehung einer neuen europäischen Politik anpassen müssen.

Die Vereinigung von mehreren Völkern entsteht normalerweise als Resultat einer äusseren Notsituation, eines gemeinsamen ideologischen Engagements, die Vorherrschaft der Mächtigsten oder einer Kombination dieser Faktoren. In der ersten Phase des europäischen Strebens nach Einheit spielten zwar alle drei Faktoren eine Rolle, jedoch in verschiedenen Ausmassen. Die Sowjetunion stellte eine wesentliche Bedrohung dar; der europäische Idealismus wurde von den noch frischen Erinnerungen über den Zweiten Weltkrieg wachgehalten; und Frankreich konnte das entstehende ökonomische Potential Deutschlands dazu nutzen, seine eigenen politischen Zwecke zu fördern, indem es die von Westdeutschland empfundene moralische Verletzlichkeit ausbeutete. Diese Impulse haben am Ende des Jahrhunderts wesentlich abgenommen. Die europäische «Integration» – hauptsächlich ein Prozess einer regulativen Standardisierung – ist daher eine alternative Definition von Vereinigung geworden. Doch obwohl Integration eine vollkommen sinnvolle Art ist zu einer operativ effizienten Fusion zu gelangen, wird dadurch eine emotionell sinnvolle Verbindung doch nicht erreicht werden. Tatsache ist, dass eine bürokratisch vorangetriebene Integration den politischen Willen, der für eine wahre Einheit nötig ist, nicht erzeugen kann. Eine solche Integration vermag trotz gelegentlicher Rhetorik weder die Phantasie einer europäischen Gleichstellung zu regen, noch vermag sie die sterbliche Leidenschaft zu entfalten, die den Staat in Notzeiten erhalten kann.

Die Lücke zwischen «Vereinigung» und «Integration» erklärt, weshalb die Integration langsam fortschreiten wird und weshalb sie Europa sogar wieder zerteilen könnte, wenn sie zu schnell vorangetrieben würde. Tatsächlich würde jeder Versuch, die politische Vereinigung zu beschleunigen, die inneren Spannungen zwischen den führenden Staaten der Union intensivieren, da jeder Staat noch darauf besteht, seine Souveränität in den kritischen Bereichen der Aussenpolitik zu wahren.

### Zur strategischen Ausrichtung

Amerikanische Entscheidungsträger sollten sich bei aussenpolitischen Entschei-

*Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Artikels von Zbigniew Brzezinski, «Living with a New Europe», erstmals erschienen in: The National Interest, Washington, Summer 2000.*

*Aus dem Amerikanischen übersetzt von Dr. Michelle Norgate und Dr. Michel Hess, Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich.*

dungen gegenüber Europa eines einfachen Prinzips erinnern: Das Ideal soll nicht zum Feind des Guten werden. Das Ideal aus der Sicht von Washington wäre ein politisch vereintes Europa, das sich der Nato gegenüber verpflichtet fühlt; ein Europa, das bereitwillig gleichviel für die Verteidigung ausgibt wie die USA; ein Europa, das seinen Beitrag zur Nato fast ausschliesslich dem Aufbau der Kapazitäten der Nato widmet; ein Europa, das bereitwillig zustimmt, dass die Nato ausserhalb ihres vertraglichen Gebietes agieren soll, um die globale Last der USA zu vermindern; ein Europa, das den geopolitischen Prioritäten der USA bezüglich angrenzende Gebiete, besonders Russland und dem Mittleren Osten, zustimmt und das sich in bezug auf das internationale Handels- und Finanzwesen als entgegenkommend erweist. Das «Gute» ist ein Europa, das als ökonomischer Rivale fungiert, das stetig den Rahmen der europäischen Interdependenz vergrössert, während es in wahrer politisch-militärischer Unabhängigkeit zurückbleibt, das seine Selbstinteressen im ständigen Einsatz der USA an der europäischen Peripherie von Eurasien erkennt, auch wenn es sich über die eigene relative Abhängigkeit ärgert und halbherzig seine allmähliche Emanzipation anstrebt.

Amerikanische Entscheidungsträger sollten allerdings erkennen, dass «das Gute» in der Tat den unbedingt notwendigen Interessen der USA dient. Sie sollten bedenken, dass Initiativen wie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) das europäische Streben nach Selbstachtung widerspiegeln und dass nörgelnde Verfügungen von Aussen- und Verteidigungsministerien bloss dazu führen, dass der europäische Groll gegen die USA intensiviert wird, und auch dass solche Verfügungen die Deutschen und Briten womöglich in die Arme der Franzosen treiben werden. Zudem wird eine Gegenstellung der USA zur europäischen Vereinigung bloss dazu führen, dass manche Europäer fälschlicherweise davon überzeugt würden, dass die Nato für die Sicherheit der USA wichtiger ist als für die Sicherheit von Europa.

Anpassungen innerhalb der Nato werden sicher unvermeidlich sein, wenn sich Europa langsam zu einem klareren politischen System entwickelt. Die ESVI wird die Entscheidungprozesse der Nato etwas erschweren, und die europäischen Beiträge zur militärischen Verstärkung der Nato könnten sogar etwas leiden, wenn die EU irgendeine eigene Streitkraft anstrebt. Die ESVI wird eine Belebung einer gemeinsamen strategischen Perspektive herbeiführen, die die USA wird berücksichtigen müssen, besonders nachdem Europa innerhalb der EU ein europäisches Verteidigungsorgan organisiert. Eine gemeinsame europäische Haltung bezüglich der Sicherheit wird aber eher durch eine allmähliche Konsolidierung der europäischen Verteidigungsindustrie und durch eine Intensivierung der europäischen Planung der Streitkräfte zustande kommen, als durch einen voreiligen Sprung hin zu einer autonomen europäischen Einsatzfähigkeit – besonders bis 2003.

*Das Ideal aus der Sicht von Washington wäre ein politisch vereintes Europa, das sich der Nato gegenüber verpflichtet fühlt.*

In der Zwischenzeit sollte sich die USA die weitere Expansion der Nato als strategische Priorität vor Augen halten. Eine Vergrösserung der Nato bietet die bestmögliche Garantie für die Weiterführung der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen. Die Vergrösserung der Nato fördert ein sicheres Europa mit einer verminder-

**Ein Dekalog von grundsätzlichen Prämissen und Richtlinien zur Politik der USA**

- Europa bleibt der natürliche und der wichtigste Verbündete der USA.
- Ein «atlantistisches» Europa ist der wichtigste Faktor für das eurasische Gleichgewicht.
- Einer autonomen europäischen Verteidigungskapazität, die wahrscheinlich in der nahen Zukunft nicht zustande kommen wird, soll sich die USA nicht entgegenstellen.
- Eine verbündete politische Einheit ist wichtiger als eine Verstärkung der Nato-Kapazitäten.
- Die USA soll jeden Entscheid mit Bezug auf den Einsatz des Raketen-Abwehrsystems aufschieben, bis ein Konsens mit den Verbündeten der Nato erreicht worden ist.
- Die USA soll eine vergrösserte Nato in Europa anstreben, nicht aber eine Nato, die sich ausserhalb ihres vertraglichen Territoriums engagiert.
- Die USA hat ein grösseres Interesse an einer Expansion Europas als an der Integration Europas.
- Die Nato und die EU sollen gemeinsam am Konzept für eine weitere Expansion zusammenarbeiten.
- Die Türkei, Zypern und Israel könnten irgendwann in beide Organisationen aufgenommen werden.
- Es darf keine a priori Einschränkungen oder Ausschlüsse bezüglich der Nato und der EU-Mitgliedschaft geben.

*Jasper Johns, Device Circle, 1959, Zeichengerät Kreis. Enkaustik und Collage auf Leinwand mit Holz, 101,6 x 101,6 cm. Sammlung Denise und Andrew Saul.*

ten Anzahl geopolitisch zweideutiger Gebiete und vergrössert gleichzeitig den europäischen Anteil an einer ausschlaggebenden und glaubwürdigen Allianz.

Die amerikanische Unterstützung für die Wiederaufnahme der Vergrösserung der Nato stimmt mit dem Interesse der USA an der Ausweitung der EU überein. Je grösser Europa wird, desto unwahrscheinlicher ist es, dass Bedrohungen von innen oder von aussen den internationalen Frieden wirklich gefährden werden. Je mehr die Mitgliedschaft der Nato mit der Mitgliedschaft der EU übereinstimmt, desto grösser wird der Zusammenhang der transatlantischen Gemeinschaft und desto zwingender wird die gegenseitige Ergänzung der «atlantistischen» und «europäistischen» Visionen. Dank glücklichen Umständen sind einige der Kandidaten, die sich jetzt entweder als Mitglieder der Nato oder als Mitglieder der EU qualifizieren, die gleichen. Die USA kann überzeugend die Meinung vertreten, dass Slovenien, die Slowakei und Litauen die Kriterien zur Nato-Mitgliedschaft bereits oder beinahe erreicht haben.

Der sich rasch wandelnde Charakter des internationalen Systems müsste in der Tat

die transatlantische Beziehung stärken. Zusammen machen Europa und die USA weniger als 15 Prozent der Weltbevölkerung aus und geniessen eine hohe Visibilität als Inseln des Wohlstands und der Privilegien in einem schäumenden und unruhigen globalen Umfeld. In dieser Zeitepoche der unmittelbaren Kommunikation kann sich die Empfindung von Ungleichheit schnell in politische Feindseligkeit umwandeln, die dann auf das Objekt des Neids gezielt wird. Deshalb sollten sowohl das Eigeninteresse als auch ein Bewusstsein für die potentielle Verletzlichkeit weiterhin die Basis einer dauerhaften Allianz zwischen Europa und den USA bleiben.

Das politische System Europas, am westlichen Rand von Eurasien und in unmittelbarer Nähe von Afrika gelegen, ist im Vergleich zu den politisch einheitlicheren, militärisch mächtigeren und geographisch isolierteren USA den eigentlichen Risiken des wachsenden globalen Aufruhrs stärker ausgesetzt. Die Europäer würden sofort grösseren Risiken ausgesetzt, sollte die russische Aussenpolitik wiederum vom chauvinistischen Imperialismus motiviert werden oder sollten sich die sozialen Zusammenbrüche in Afrika und/oder im südlichen Zentralasien weiterhin verschlechtern. Die Verbreitung von nuklearen oder sonstigen Waffen zur Massenvernichtung werden Europa auch verstärkt gefährden, wenn man die begrenzte militärische Fähigkeit Europas wie auch die Nähe potentiell bedrohlicher Staaten bedenkt. Denn soweit man sehen kann, wird Europa die USA weiterhin brauchen, um wahrhaftig sicher zu sein.

*Anpassungen innerhalb der Nato werden sicher unvermeidlich sein, wenn sich Europa langsam zu einem klareren politischen System entwickelt.*

Gleichzeitig erhalten die USA durch ihre Beziehung zu Europa die philosophische Legitimation und den Fokus für ihre globale Rolle. Die Beziehung schafft eine Gemeinschaft von demokratischen Staaten, ohne die die USA vereinsamt in der Welt dastehen würde. Die Erhaltung, Verstärkung und insbesondere die Erweiterung dieser Gemeinschaft – um «die Segnungen der Freiheit uns und unseren Nachkommen zu bewahren» – muss daher die historisch entscheidende Aufgabe bleiben. ✦

**Devolution of Democracy**

*Jefferson hat, wie Paul Goodman sagt, den Amerikanern «30 Jahre einer blühenden Quasi-Anarchie» beschert – länger als irgendein Revolutionsführer in der modernen Welt – und mehr dauernde Freiheit geschaffen als in irgendeinem Land, die zuerst schleichende und dann galoppierende Wieder-Verstaatlichung aber nicht verhindern können. Früh schon – nämlich in der Amtszeit des 2. Präsidenten der USA, John Adams – werden Gesetze zur Absicherung der Interessen der Reichen und Mächtigen erlassen. Die Massendemokratie des Präsidenten Andrew Jackson (1829–1837) ersetzt den Allgemeinwillen durch die volonté de tous. Präsident Abraham Lincoln führt Krieg (1861–1865) nicht hauptsächlich um die Sklavenbefreiung, sondern vor allem gegen das Austrittsrecht der Südstaaten und die juridische Autonomie der Mormonen in Utah. Die Politik des «Progressivism» Anfang des 20. Jahrhunderts und des «New Deal» in den dreissiger Jahren verstaatlicht den Kapitalismus. Die Beteiligungen am Ersten und Zweiten Weltkrieg etablieren die USA als imperialistische Macht im Gewand des Weltpolizisten.*

*Stefan Blankertz, in: Die Therapie der Gesellschaft, Perspektiven zur Jahrtausendwende, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1998, S. 88.*